
FDP Frankfurt am Main

LANDESREGIERUNG MUSS ENDLICH GEGEN HEBAMMENMANGEL VORGEHEN

30.09.2020

- * Hebammen sind wichtige Unterstützung für Eltern
- * Hebammenmangel ist weiterhin Problem
- * Landesregierung muss endlich tätig werden

WIESBADEN – „Auch zwei Jahre nachdem die Landesregierung angekündigt hat, dass die Beseitigung des Hebammenmangels Priorität hat, gibt es keine Bewegung und auch keine Mittel im Haushalt zur Bekämpfung des Hebammenmangels. Die Einberufung des Runden Tisches, den die Landesregierung angekündigt hat, dauerte weit länger als jede Schwangerschaft“, stellt der gesundheitspolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Yanki PÜRSÜN fest. Die Corona-Krise habe nichts daran geändert, dass das Problem weiter bestehe und werdende Mütter Probleme hätten, Hebammen zu finden. Dabei ist die Hebamme in der Schwangerschaft eine wichtige Bezugsperson für Eltern. Die Tatsache, dass es immer schwerer wird eine Hebamme zu finden, verursacht Sorgen während der Schwangerschaft, die nicht nötig wären. Die verschärften Hygienevorschriften in den Kliniken sowie die Maskenpflicht erschweren die Tätigkeit der Geburtshelferinnen.

Geburtsvorbereitungskurse konnten und können nicht regulär durchgeführt werden. Es gelten verschärfte Auflagen aufgrund der Corona-Verordnungen, die die Wirtschaftlichkeit der Kurse für die Hebammen gegen Null führt. Bisher wurden von der Landesregierung Mittel im Haushalt 2020 bereitgestellt, die nur zur Errichtung eines "runden Tisches" dienten, aber noch keine konkreten Verbesserungen für die Betroffenen in Aussicht stellen. Der schlechten Situation in der Geburtshilfe muss jedoch zügig und effektiv begegnet werden. „Wir fordern Gesundheitsminister Klose auf, den Ankündigungen jetzt endlich Taten folgen zu lassen. Das im Koalitionsvertrag festgelegte Hebammengeld

muss endlich kommen. Wir erwarten, dass es dafür im Haushalt 2021 Mittel gibt“, so Pürsün weiter. Offenbar habe die Landesregierung aus dem in 2018 in Auftrag gegebenen Gutachten immer noch nicht die richtigen Schlüsse gezogen. Aber sowohl die Hebammen als auch die werdenden Mütter können nicht warten, bis die Landesregierung endlich tätig wird.

Rund um dieses Thema hatte Pürsün bereits Mitte Juni eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet (Drucksache 20/2981), in der der gesundheitspolitische Sprecher, insbesondere die Situation der Geburtshilfe in der Corona-Krise erfragte. Thema in der Anfrage ist aber auch die Frage, wie die Landesregierung das Problem der horrenden Versicherungsprämien angehen will.